A14 Klares Bekenntnis für ein freies Palästina

Antragsteller*in:	Lenny Deutschmann (LV Bremen)
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Seit drei Jahren begeht Israel vor unseren Augen einen Genozid in Gaza.[1] Deutschland schweigt nicht nur weitgehend, sondern leistet durch seine Unterstützung Israels auch Beihilfe.[2] Als Jugendverband, der sich als links und internationalistisch versteht, müssen wir unsere Positionierung zu einem solchen Thema kontinuierlich hinterfragen, reflektieren und aktualisieren. Der letzte Beschluss auf dem Länderrat und der letzte Beschluss der Grünen Jugend Bremen zu diesem Thema decken viele wichtige Punkte ab. Mit diesen Beschlüssen werden wir unserem Selbstverständnis aber nicht gerecht. Dieser Antrag soll deshalb einen Impuls zur notwendigen Nachbesserung unserer Positionierung geben.

Kritischer Blick auf den historischen Hintergrund

Die Entstehung des Staates Israel muss vor dem Hintergrund des europäischen Antisemitismus und der Verfolgung jüdischer Menschen betrachtet werden, vor denen die zionistische Bewegung eine jüdische nationale Heimstätte schaffen wollte.[3] Die Verfolgung jüdischer Menschen in Europa wiegt jedoch nicht auf, dass die Verwirklichung dieses Projekts in Palästina untrennbar mit Imperialismus und Kolonialismus verbunden war. Die Balfour-Deklaration von 1917 und die anschließende britische Mandatsherrschaft waren Ausdruck britischer imperialistischer Interessen und schufen die politischen Voraussetzungen für die Errichtung eines jüdischen Staates in einem Gebiet, dessen arabisch-palästinensische Bevölkerung bei dieser staatlichen Neuordnung nicht gleichberechtigt über ihre Zukunft bestimmen konnte.[4] Die Staatsgründung Israels 1948 war nicht von der gewaltsamen Verdrängung der indigenen palästinensischen Bevölkerung zu trennen und im Zuge der Nakba wurden mehr als 700.000 Palästinenser*innen vertrieben oder zur Flucht gezwungen und ihrer Heimat beraubt.[5]

Die Nakba ist kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Der israelische Siedlerkolonialismus setzt sich durch die Besatzung palästinensischer Gebiete, die fortschreitende Ausweitung israelischer Siedlungen, Vertreibungen und die systematische Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung bis heute fort.[6] Auch der Völkermord seit Oktober 2023 kann in diesem Zusammenhang als Fortführung der ethnischen Säuberung seit der Entstehung Israels betrachtet werden. Wir verstehen die Geschichte und Gegenwart Israels deshalb nicht als losgelöste nationale Entwicklung, sondern als Ausdruck imperialistischer Machtverhältnisse und kolonialer Strukturen, deren Preis die palästinensische Bevölkerung bis heute trägt.

Vor diesem historischen Hintergrund lehnen wir den Zionismus als nationalistische Bewegung ab, deren Verwirklichung in Palästina auf der Vertreibung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung beruht. Auch wenn der Zionismus unterschiedliche historische Strömungen umfasst, sehen wir in seiner politischen Umsetzung ein koloniales Projekt, das palästinensische

Selbstbestimmung systematisch verdrängt hat und dessen Folgen bis heute fortbestehen.[7]

Weg mit der Staatsräson und Schluss mit Bekenntniszwang

Ein Bruch mit der aktuellen deutschen Staatsräson ist notwendig. Die historische Verantwortung Deutschlands nach der Shoah darf nicht an die Sicherheit eines Staates gebunden werden, sondern muss dem Schutz jüdischen Lebens dienen. Aus den Verbrechen des Nationalsozialismus folgt die Verpflichtung, jüdisches Leben überall vor Verfolgung und Antisemitismus zu schützen. Diese Verantwortung darf jedoch niemals als Rechtfertigung dafür dienen, die Entrechtung, Vertreibung oder Tötung der palästinensischen Bevölkerung zu dulden oder politisch zu unterstützen. Wer aus der Shoah Konsequenzen zieht, muss sich uneingeschränkt für die universelle Geltung des Völkerrechts, für die Verhinderung und Ahndung von Völkermord und für den Schutz aller Zivilist*innen einsetzen. Deutsche Außenpolitik muss sich deshalb an Menschenrechten und Völkerrecht orientieren, statt die Sicherheit und Interessen eines Staates über diese Grundsätze zu stellen.

Den politischen und gesellschaftlichen Zwang, sich zum sogenannten Existenzrecht Israels bekennen zu müssen, kritisieren wir entschieden und lehnen wir ab. Die Debatte um dieses vermeintliche Existenzrecht lenkt von der entscheidenden Frage ab, unter welchen politischen Bedingungen alle Menschen in der Region gleichberechtigt, sicher und selbstbestimmt leben können. Ein solcher Bekenntniszwang verengt den politischen Diskurs, indem er bestimmte Positionen zur israelischen Staatlichkeit zur Voraussetzung legitimer politischer Debatten macht. Insbesondere blendet er die Frage nach dem damit eingeschlossenen Territorium aus, etwa den völkerrechtswidrig annektierten Golanhöhen, und stellt jeden weiteren Dialog in einen Bezug zu existenziellen Sicherheitsfragen und in den Verdacht der Gefährdung dieser. Besonders problematisch ist es, wenn ein solches Bekenntnis zur Voraussetzung für Einbürgerung, wissenschaftliche Tätigkeit oder staatliche Fördergelder gemacht wird oder gar eine allgemeine Strafbarkeit entsprechender Äußerungen gefordert wird.[8]

Das staatliche Existenzrecht ist im Völkerrecht nicht absolut und darf nicht über die Rechte der Menschen gestellt werden, die in einem Staat leben.[9] Für uns steht das Recht aller Menschen, unabhängig von Herkunft und Nationalität, auf Sicherheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung im Mittelpunkt. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Israel unter den gegenwärtigen historischen und politischen Bedingungen einen wichtigen Schutzraum für jüdisches Leben in der Region darstellt. Die Kritik am sogenannten Existenzrecht Israels richtet sich daher nicht gegen die Sicherheit jüdischer Menschen, sondern gegen die Verwendung dieser Debatte zur Einschränkung legitimer politischer Positionen. Jüdisches Leben muss geschützt werden, ohne daraus eine Verpflichtung zur Zustimmung zu einer bestimmten Staatsordnung abzuleiten.

Wir halten es für notwendig, unterschiedliche politische Lösungsansätze für ein Ende der Besatzung und die Verwirklichung palästinensischer Selbstbestimmung offen zu diskutieren und dabei kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven zu berücksichtigen. Dazu gehört ausdrücklich auch eine demokratische Ein-Staaten-Lösung, in der alle Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer unabhängig von ihrer Herkunft und Religion die gleichen politischen und sozialen Rechte genießen.[10] Wir lehnen es ab, eine Zwei-Staaten-Lösung als alternativlos vorauszusetzen oder

andere Ansätze von vornherein auszuschließen. Entscheidend ist für uns nicht die Bewahrung einer bestimmten staatlichen Ordnung, sondern die Überwindung von Besatzung, Entrechtung und struktureller Ungleichheit sowie die Gewährleistung gleicher Rechte und Sicherheit für alle Menschen. Dabei definieren wir Sicherheit nicht durch ein nationalistisch-exklusives Verständnis von Staaten, sondern anhand der Lebensrealität von Menschen.

Gegen jeden antipalästinensischen Rassismus

„Sich für Palästina einzusetzen, bedeutet erstmal, sich dem herrschenden Diskurs zu widersetzen, in dem Palästinenser*innen bestenfalls als Opfer, schlimmstenfalls als Terrorist*innen, aber stets als selbst schuld an der eigenen Lage dargestellt werden.“ -Loren Balhorn[11]

Palästinenser*innen werden im deutschen öffentlichen Diskurs häufig entweder auf die Rolle passiver Opfer reduziert oder pauschal als terroristisch und radikal dargestellt. Ihre politischen Forderungen nach Freiheit, Gleichberechtigung und nationaler Selbstbestimmung sind jedoch legitim und dürfen weder pauschal als antisemitisch diffamiert noch mit Terrorismus gleichgesetzt werden. Palästinensischen Stimmen wird häufig erst dann Gehör geschenkt, wenn sie sich zunächst von der Hamas und anderen bewaffneten Akteur*innen distanzieren. Damit wird ihnen eine zusätzliche Rechtfertigungslast auferlegt, die bei anderen politischen Perspektiven in dieser Form nicht vorausgesetzt wird.

Wir erkennen antipalästinischen Rassismus als spezifische Form der Diskriminierung an und stellen uns entschieden gegen antipalästinensischen Rassismus, der den deutschen Diskurs prägt und sich unter anderem in folgenden Formen äußert[12]:

- Leugnung der Nakba
- Rechtfertigung von Gewalt gegen Palästinenser*innen
- Aberkennung der palästinensischen Bevölkerung als indigenes Volk mit kollektiver Identität, Zugehörigkeit und Rechten in Palästina
- Missachtung der Menschenrechte und der gleichen Würde von Palästinenser*innen
- Ausschluss palästinensischer Perspektiven, von Palästinenser*innen und ihren nichtpalästinensischen Verbündeten oder Druck zu deren Ausschluss
- Verleumdung von Palästinenser*innen und ihren nichtpalästinensischen Verbündeten durch pauschale Unterstellungen wie Antisemitismus, Terrorismusnähe oder Ablehnung demokratischer Werte

Wir erkennen den palästinensischen Widerstand vor dem Hintergrund von Besatzung, Vertreibung und Entrechtung als Ausdruck eines Kampfes um Freiheit und Selbstbestimmung an. Palästinenser*innen haben das Recht auf politische Selbstbestimmung und darauf, sich gegen ihre Unterdrückung zur Wehr zu setzen.[13] Dieses Recht ist jedoch kein Freibrief für beliebige Gewalt: Auch bewaffneter Widerstand unterliegt dem humanitären Völkerrecht. Die gezielte Tötung von Zivilist*innen, Geiselnahmen und andere Angriffe auf Zivilist*innen sind nicht zu rechtfertigen. Der Angriff vom 7. Oktober 2023, bei dem Hamas und andere

bewaffnete Gruppen zahlreiche Zivilist*innen ermordeten und Menschen als Geiseln verschleppten, war daher kein legitimer Ausdruck des Widerstands, sondern ein brutaler Angriff auf die Zivilbevölkerung mit eindeutiger und erklärter genozidaler Absicht.[14] Seine Verurteilung darf jedoch nicht dazu dienen, den palästinensischen Befreiungskampf insgesamt zu delegitimieren oder die historischen und politischen Ursachen des Konflikts auszublenden.

Des Weiteren braucht es einen differenzierten Umgang mit Ausdrucksformen palästinensischen Widerstands. Wir lehnen es ab, Slogans wie „Free Palestine“ oder „From the river to the sea, Palestine will be free“ pauschal als antisemitisch oder terroristisch zu verurteilen.[15] Ihre Bedeutung muss im jeweiligen Kontext betrachtet werden, statt sie pauschal zu delegitimieren. Gleichzeitig erkennen wir an, dass solche Slogans bei Jüdinnen und Juden Unwohlsein oder Angst auslösen können. Beide Perspektiven müssen ernst genommen werden, ohne palästinensische Solidarität und Widerstand pauschal zu delegitimieren oder Israel mit dem Judentum gleichzusetzen.

Es ist außerdem wichtig, dass wir uns als Grüne Jugend Bremen grundsätzlich mit Organisationen und Bündnissen solidarisieren, die sich für Palästina einsetzen. Weder diese Organisationen und ihre Aktiven noch Menschen, die auf Demonstrationen ihre Solidarität zeigen, dürfen pauschal kriminalisiert oder unter Generalverdacht gestellt werden. Darüber hinaus kritisieren wir die Einschränkung palästinasolidarischer Organisierung an der Universität Bremen, etwa durch Platzverweise oder die Verweigerung angefragter Räumlichkeiten.[16]

Verurteilung reicht nicht es muss Konsequenzen geben

Ein Staat, der das Völkerrecht verletzt und Völkermord begeht, muss zur Verantwortung gezogen und durch wirksame Sanktionen in seine Schranken gewiesen werden. Deshalb fordern wir eine Solidarisierung mit der BDS-Kampagne und Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegenüber Israel umsetzen. Die Ziele von BDS müssen auch zu unseren eigenen werden: ein Ende der Besatzung, die volle rechtliche Gleichberechtigung palästinensischer Bürger*innen Israels und die Umsetzung des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge.[17] Diese Maßnahmen sollen die Einhaltung des Völker- und Menschenrechts durchsetzen und politisches Handeln sanktionieren, das diesen entgegensteht.

Bloße Worte und öffentliche Kritik haben bisher nicht ausgereicht, um Israel zur Einhaltung des Völkerrechts zu bewegen. Es braucht deshalb wirksamen, gewaltfreien Druck aus der Zivilgesellschaft, um Menschenrechte durchzusetzen und Völkerrechtsverletzungen zu beenden. Die internationale Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika hat gezeigt, dass Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen ein wirkungsvolles politisches Instrument sein können.[18]

Kritische Distanzierung von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) verteidigt die israelische Staatspolitik auch angesichts der massiven Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung. Sie lehnt einen Waffenexportstopp nach Israel ab und stellt die Verantwortung für die Fortsetzung des Gaza-Krieges vor allem bei der Hamas dar, während sie die Verantwortung der israelischen Regierung relativiert. Auch mit der Bremer Erklärung von 2024 und deren erneuter Bezugnahme 2026 hält die DIG an dieser politischen Ausrichtung fest.[19]

Wir kritisieren die engen personellen und politischen Verbindungen zwischen der DIG und der Grünen Partei, sowie der Grünen Jugend.[20] Die Grüne Jugend Bremen wird deshalb nicht mit der DIG und ihrem Jugendforum zusammenarbeiten. Wir fordern Bündnis 90/Die Grünen, die Grüne Jugend und ihre Landesverbände auf, bestehende Kooperationen und personelle Verflechtungen mit der DIG kritisch zu überprüfen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Eine Organisation, die die israelische Staatspolitik verteidigt und palästinensische Perspektiven marginalisiert, darf nicht als selbstverständliche Partnerin grüner Politik gelten. Dabei bedeutet unsere Kritik an der DIG keine grundsätzliche Ablehnung des Austauschs mit jüdischen Organisationen. Als Grüne Jugend Bremen stehen wir einem Dialog mit ihnen ausdrücklich offen gegenüber.

Resultierend aus diesem Antrag fordert die Grüne Jugend Bremen, dass:

1. Israel als koloniales und imperialistisches Projekt, welches auf der ethnischen Säuberung der indigenen Bevölkerung fußt, anerkannt wird.

2. die politische Ideologie des Zionismus in seiner exklusiv-nationalistischen Form abzulehnen ist.

3. die Staatsräson für jüdisches Leben gelten sollte und nicht für Staaten.

4. ein zwingendes Bekenntnis zum „Existenzrecht Israels“ abzulehnen ist.

5. wir antipalästinensischen Rassismus als spezifische Form der Diskriminierung anerkennen und uns klar gegen antipalästinensischen Rassismus stellen.

6. das Recht auf Widerstand der Palästinenser*innen im Rahmen von Völker- und Menschenrechten anerkannt wird.

7. es eine Solidarisierung mit der BDS-Kampagne zur Verhinderung völkerrechtswidrigen staatlichen Handelns braucht.

8. es keine Zusammenarbeit mit dem DIG und JuFo gibt, solange diese an ihren aktuellen Positionen festhalten.

9. wir die Solidarität mit palästinensischen Organisationen stärken und uns gegen ihre politische Einschränkung, Kriminalisierung und Verbote einsetzen.

Quellenverweise:

1:

https://www.amnesty.de/pressemitteilung/israel-gaza-genozid-voelkermord-palaestinenser-innen-amnesty-bericht

2:

https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/igh-beihilfe-voelkermord-israel-palaestina-zweiter-tag-anhoerungen-nicaragua-deutschland

3:

https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/520720/14-mai-1948-staatsgruendung-israels/

4:

https://www.un.org/unispal/document/lecture-rashid-khalidi-balfour-declaration-2nov2017/

5:

https://www.un.org/unispal/about-the-nakba/

https://www.unrwa.org/palestine-refugees

6:

https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/

7:

https://www.un.org/unispal/document/lecture-rashid-khalidi-balfour-declaration-2nov2017/

8:

https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/einbuergerung-abgelehnt-fehlendes-bekenntnis-israel-102.html

https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-antisemitismus-1035050

https://taz.de/CDU-Vorschlag-zu-Demokratiefoerdergesetz/!5966750/

https://www.hessenschau.de/politik/bundesrat-stimmt-fuer-hessens-vorstoss-zu-israel-leugnung-des-existenrechts-unter-strafe-v1,israel-existenzrecht-strafe-100.html

9:

https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2796206

10:

https://www.degruyterbrill.com/de/document/doi/10.2202/1934-2640.1266/html

11:

https://jacobin.de/gaza-krieg-israel-iran-usa/

12:

https://antipalestinianracism.org

13:

https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-184801/

14:

https://www.un.org/unispal/document/coi-report-a-hrc-56-26-27may24/

15:

https://www.amnesty.org.au/israel-opt-challenging-myths-about-the-gaza-israel-conflict-b-t/

16:

https://dpg-netz-bremen.de/?p=16079

17:

https://www.bdsmovement.net/what-bds

18:

https://www.theguardian.com/world/2021/may/23/israel-apartheid-boycotts-sanctions-south-africa

19:

https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/dig/beschluesse/leitantrag-des-praesidiums-der-dig-e-v-zur-hauptversammlung-am-08-06-2024-bremer-erklaerung/

https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/pressemitteilung/einschaetzung-des-praesidiums-der-deutsch-israelischen-gesellschaft-e-v-zur-aktuellen-entwicklung-im-westjordanland/

20:

https://www.dig-bremen.de/de/vorstand.html

https://www.instagram.com/p/DQtSEEKjQyX/?img_index=1

https://www.instagram.com/p/DUtLrnQjMlB/

Begründung

- erfolgt mündlich